

in Europa Kräfte am Werke sind, die versuchen, die Lösung der herangereiften internationalen Probleme zu torpedieren, die Entwicklung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit zu verhindern, und die bestrebt sind, neue Schwierigkeiten und Konflikte hervorzurufen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion sind der Auffassung, daß nach wie vor eine der wesentlichen Quellen, die die Spannungen in Europa nähren, der militaristische und revanchistische Kurs der Politik der BRD ist. Die Regierung der BRD, auch die der großen Koalition, stellt ihre Versuche nicht ein, die Stabilität der Nachkriegsordnung in Europa zu unterwühlen, den Weg zu einer grundlegenden Gesundung der Atmosphäre in dieser Region der Welt zu blockieren, und sucht alle möglichen Hintertüren, durch die die Bundeswehr Zugang zu Kernwaffen finden könnte.

Die revanchistische Außenpolitik der BRD ist mit gefährlichen Tendenzen der inneren Entwicklung in diesem Staat verflochten. Die Militarisierung des Landes nimmt ein immer größeres Ausmaß an. Der Neonazismus, der den Konzeptionen der Hitlerfaschisten entlehnte chauvinistische Großmachtideen kultiviert, erhöht die Aktivität im Staatsapparat und in der Armee und erhebt lautstark Machtansprüche.

Beide Seiten unterstreichen: Gerade die gegenwärtige imperialistische Expansionspolitik der BRD ist die Ursache dafür, daß die Last des Mißtrauens gegenüber Westdeutschland so groß ist, daß seine Beziehungen zu den östlichen Nachbarn bisher nicht normalisiert sind.

Gleichzeitig stellen sie fest, daß im Volk der BRD selbst das Verständnis für die Notwendigkeit wächst, den offiziellen außenpolitischen Kurs entschieden zu verändern, auf die Pläne zur Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu verzichten, die in Europa bestehenden Realitäten anzuerkennen und die friedliche Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten herzustellen. Immer mehr Menschen in Westdeutschland erkennen, daß der gegenwärtige imperialistische Kurs der herrschenden Kreise das Land international isoliert, daß die BRD auf dem revanchistischen und militaristischen Weg nichts gewinnen, aber alles verlieren kann. Keine Gebietsforderungen, sondern Anerkennung der bestehenden Grenzen, darunter der Grenze zwischen der DDR und der BRD und an Oder und Neiße, kein Streben nach Kernwaffen, kein Wettrüsten, sondern Abrüstung, keine absurde Alleinvertretungsanmaßung, sondern völkerrechtliche Anerkennung der DDR und Herstellung gleichberechtigter Beziehungen mit ihr, keine Anschläge auf Westberlin, sondern Respek-